

PRESSEMITTEILUNG

Zwei verletzte Polizeibeamte in zwei Tagen: Gewalt gegen Einsatzkräfte ist nicht hinnehmbar

Bei Einsätzen in den vergangenen Tagen wurden zwei Polizeibeamte verletzt. Am 7. September wurde ein Beamter in Garlitz bei einer Widerstandshandlung an der Hand verletzt. Am heutigen Tag wurde ein weiterer Polizist bei einem Einsatz in einer Erstaufnahmeeinrichtung am Handgelenk verletzt. Beide Polizisten waren anschließend nicht dienstfähig.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/108746/6347081>
<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/108746/6347941>

Innenminister Christian Pegel: "Dass Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte bei der Ausübung ihres Dienstes verletzt werden, darf uns nicht kaltlassen. Sie müssen darauf vertrauen können, dass Angriffe auf sie ernst genommen und konsequent verfolgt werden. Die beiden Fälle stehen für ein Problem, das über die Polizei hinausgeht. Auch Feuerwehr und Rettungsdienst sehen sich bei ihrer Arbeit zunehmend mit Aggression und Gewalt konfrontiert. Dabei sind es gerade diese Menschen, die gerufen werden, wenn andere nicht mehr weiterwissen. Wir dürfen nicht akzeptieren, dass Gewalt zum Risiko des Helfens wird. Wer Einsatzkräfte angreift, erschwert nicht nur ihren konkreten Einsatz. Er trifft Menschen, die Verantwortung für andere übernehmen. Der Staat muss hier eine klare Grenze ziehen. Den beiden verletzten Polizeibeamten wünschen ich eine schnelle und vollständige Genesung."

Hintergrund:

Im Jahr 2025 wurden in der Polizeilichen Kriminalstatistik 540 Fälle von Widerstand gegen sowie 519 Fälle von tätlichem Angriff auf Vollstreckungsbeamte und gleichgestellte

IM

Datum: 8. September 2026

Nummer: 155/2026

Ministerium für Inneres und Bau

Mecklenburg-Vorpommern

Alexandrinestraße 1

19055 Schwerin

Telefon: +49 385 588-12003

E-Mail: presse@im.mv-regierung.de

Internet: www.im.mv-regierung.de

V. i. S. d. P.: Marie Boywitt

Personen erfasst. Beide Zahlen sind gegenüber dem Vorjahr leicht gesunken. 96,4 Prozent aller Opfer von Widerstand und tätlichem Angriff waren Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte.